UNIVERSITY OF TORONTO
3 1761 01494225 4

Wurm, Mathilde
Die Frauenerwerbsarbeit

HD
6149
W87

Frauenbibliothek der Unabhängigen Sozialdemokratie

Die Frauen-erwerbsarbeit

von

MATHILDE WURM

Rede auf der Leipziger Frauenkonferenz
am 29. November 1919

Herausgegeben
im Auftrage des Zentral-Vorstandes der U. S. P. D.

Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H.
Berlin C 2, Abteilung Buchhandlung, Breite Str. 8/9.

745

Gesetzeserläuterungen
für Arbeiter und Angestellte

Das Gesetz über Betriebsräte

erläutert von S. Aufhäuser

Mit Wahlordnung und Anhang

96 Seiten / Preis 4,— Mark

Die Schrift enthält neben eingehenden Erläuterungen über die einzelnen Paragraphen eine Reihe geschichtlicher Dokumente zur Entwicklung der Rätefrage in Deutschland sowie ein wertvolles Vorwort, das die Entstehungsgeschichte sowie die Bedeutung des Betriebsrätegesetzes eingehend behandelt. Eine besonders übersichtliche Anordnung des Textes erhöht den Wert dieses für jeden Arbeiter und Angestellten unentbehrlichen Nachschlagebuches.

Das Betriebsrätegesetz in der Nationalversammlung

Stellungnahme der Fraktion der U. S. P.

In diesem Schriftchen sind die Abänderungsanträge der Fraktion der U. S. P. sowie die Begründungen dazu nach den amtlichen Stenogrammen wiedergegeben. Sie zeigen nicht nur die Hauptmängel des Betriebsrätegesetzes auf, sondern enthalten auch manche Anregung für das Wirken der Betriebsräte selbst.

Frauenbibliothek der Unabhängigen Sozialdemokratie

Die Frauenerwerbsarbeit

von

MATHILDE WURM

Rede auf der Leipziger Frauenkonferenz
am 29. November 1919

Eigentum der
Arbeiter-Zentralbibliothek
BREMEN

Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
BIBLIOTHEK
Bundesvorstand

Herausgegeben
im Auftrage des Zentral-Vorstandes der U. S. P. D.

Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H.,
Abteilung Buchhandlung, Berlin C 2, Breite Str. 8/9.

3745

ZENTRALBIBL. d. GEW.
ABGEGEBEN!
ZENTRALBIBLIOTHEK DER GEWERKSCHAFTEN
FDGB
HD
6149
W87

Nach den Ausführungen der Genossin Sender wird Sie das, was ich Ihnen zu sagen habe, sehr nüchtern berühren. Aber nichtsdestoweniger gehört auch das, was ich jetzt ausführen will, zu den wichtigen Problemen, mit denen wir uns eingehend beschäftigen müssen. Wer während des Krieges und nach dem Kriege die Erwerbstätigkeit der Frau beobachtet hat, wer sieht, wie die Arbeiterin jetzt hinausgedrängt wird aus den Betrieben, der erkennt auch die Notwendigkeit, sich mit dieser Frage zu beschäftigen.

Schon in den letzten zwei Kriegsjahren war die Erörterung über Rückführung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft an der Tagesordnung. Man hatte sich zwar bei uns einen anderen Frieden vorgestellt, einen „Siegfrieden"; die schönsten Pläne waren entworfen worden über die Art der Demobilisation; langsam sollten die Truppen zurückgeführt werden in die Friedensarbeit, und das gesamte Wirtschaftsleben sollte nach und nach wieder umgestellt werden, nicht etwa zu einem wahren demokratischen Wirtschaftsleben, sondern der alte kapitalistische Staat sollte neu gestärkt aus dem siegreichen Militarismus hervorgehen. Von all diesen schönen Plänen hat sich nichts verwirklichen lassen; denn die Demobilisierung war eine höchst unfreiwillige, hervorgerufen durch die militärische Niederlage.

Zwei große Probleme waren dabei zu lösen: Die Wiedereinstellung der gesunden wie der kriegsbeschädigten, heimkehrenden Arbeiter und die „Aussiedelung" der Frauen, ihre Rückführung in den Beruf als Hausfrau und Mutter, als häusliche und ländliche Arbeiterin. Als im September d. J. der Bund Deutscher Frauenvereine in Hamburg tagte, wurde dieses Problem sehr eingehend behandelt, und nach Zeitungsberichten hat eine der demokratischen Führerinnen der bürgerlichen Frauenbewegung, Frau Dr. Bäumer, ausgeführt, daß die Ueberfüllung des Arbeitsmarktes nach der Revolution durch zwei Tatsachen verschuldet sei: durch die schnelle Demobilisierung des Heeres und durch die Flüchtlingsflut aus den besetzten Gebieten. Nach den Zeitungsberichten hat sie nicht erwähnt, daß die Hauptursache der Erwerbslosigkeit in der militärischen Niederlage besteht und in dem Aufhören der Kriegsindustrie. Sie hat die hierdurch verursachte völlige Desorganisation unseres Wirtschaftslebens mit keinem Worte in Rechnung gestellt als Mitursache der ungeheuren Erwerbslosigkeit. Verstärkt wurde und wird die ungeheure Arbeitslosigkeit durch die Sabotage vieler Unternehmer, die wohl Aufträge haben, aber diese Aufträge nicht ausführen, weil sie ihre Profite gefährdet sehen. Sie wußten nicht, welche Forderungen die Arbeiter noch stellen könnten, sie wußten nicht, wie weit es möglich sei, mit dem Ausland zu arbeiten. Sie sahen ihren Profit gefährdet, und da der Patriotismus der Kapitalisten stets beim Portemonnaie Halt macht, legten sie ihre Betriebe still.

Zwischen Mann und Weib entspann sich ein ungeheurer Kampf um Arbeit und Brot. Der Kampf gegen die erwerbstätige Frau wurde unterstützt von den Behörden, von einem Teil der Unternehmer, und, was für uns als Sozialisten das Bitterste war, er wurde mit aller Schärfe geführt von den eigenen Klassengenossen der Arbeiterinnen, von den männlichen Arbeitskollegen. Die Masse der männlichen Arbeiter fragte gar nicht nach der Gleichberechtigung der Frau, sie fragte nicht danach, was aus den Frauen werden sollte, die während des Krieges das Heim aufrechterhalten hatten, mit Opfern ohne Zahl und durch Arbeit über ihre Kraft! Das alles ward vergessen. Jeder Mann dachte nur daran, wie er selbst möglichst bald wieder zu einer nutzbringenden Arbeit gelangen könnte Und so wurden die Frauen von ihren Klassengenossen aus der Arbeit verdrängt. Der Augenblick war gekommen, Klassensolidarität von Arbeiter zu Arbeiterin zu beweisen, und dieser große Augenblick, der einen entscheidenden Einfluß hätte ausüben können, neben der politischen Gleichberechtigung auch der Frau die wirtschaftliche Gleichberechtigung innerhalb der Arbeiterklasse selber zu verleihen, dieser große Augenblick fand ein kleines Geschlecht. Und nicht nur uns politisch fernstehende Arbeiter, sondern auch eine Reihe von Genossen standen auf dem Standpunkt, erst Arbeit für die Männer, das weitere wird sich finden, erst müssen die Frauen und Mädchen von den Plätzen entfernt werden, wo vorher Männer gestanden haben.

Die Zahl der gewerblichen und anderen Arbeiterinnen haben wir während des Krieges niemals erfahren. Jetzt ist endlich der Bericht der Gewerbeinspektion für Preußen erschienen, der nur die gewerblichen Arbeiterinnen für Preußen erfaßt. Nun läßt sich feststellen, wie ungeheuer groß die Zunahme der Frauenarbeit während des Krieges gewesen ist, in den Betrieben, die der Gewerbeinspektion unterstehen, also eine Mindestzahl von zehn Personen beschäftigt sind. Die Zahl der Arbeiterinnen ist von

687 734 Frauen im Jahre 1913 auf
1 230 884 Frauen im Jahre 1918 gestiegen,

das ist eine Steigerung von rund 79 Prozent. Die Zahl der Arbeiterinnen über 21 Jahre erhöhte sich gegenüber dem Jahre 1913 um 401 166, das ist um rund hundert Prozent. Das heißt also, daß die Zahl der Frauen in den gewerblichen Betrieben sich gerade verdoppelt hat, während die Zahl der 16- bis 21jährigen Arbeiterinnen nur um 141 984, gleich rund 50 Prozent, gewachsen ist. Die stärkere Beschäftigung der Frauen über 21 Jahre ist hervorgerufen durch den Neueintritt vieler verheirateten Frauen in die Erwerbsarbeit. Sie konnten mit der Kriegsunterstützung nicht auskommen; wollten sie nicht verhungern, mußten sie verdienen. Den zahlenmäßig größten Anteil an der Zunahme der weiblichen Erwerbsarbeit weisen die Betriebe der Metallverarbeitung und der Maschinenindustrie auf. Die Zahlen, die ich Ihnen nennen werde, wird Ihnen die ungeheure Zunahme am besten beweisen:

Es waren beschäftigt:

im Jahre 1913	in	der	Metallverarbeitung	35 278
im Jahre 1918	„	„	„	135 237
im Jahre 1913	in	der	Maschinenindustrie	51 634
im Jahre 1918	„	„	„	326 410

Das gibt Ihnen eine ungefähre Vorstellung, in welchem Maße die Frauen an Stelle der Männer getreten sind. Ich will auf Einzelheiten hier nicht eingehen. Eines aber ist bemerkenswert bei der Arbeit in der Metallindustrie: die

Frau hat durchweg schlechtere Löhne bekommen als der Mann. Man hat Arbeit, die früher die Männer verrichteten, in Teile zerlegt, bevor sie den Frauen zugewiesen wurde. Die Unternehmer beriefen sich dann darauf, dies sei nun nicht mehr dieselbe Arbeit und deshalb könne die Frau auch schlechter entlohnt werden.

Es ist hervorzuheben, daß die Frauen auch in Berufe eindrangen, die ihnen vordem verschlossen waren; z. B. als Werkzeugmacherinnen, Mechanikerinnen, Schlosserinnen, Maschinenmacherinnen, Kranführerinnen usw. Mit den leichten Arbeiten wurden hauptsächlich Jugendliche beschäftigt und zwar wurden Arbeiten, die in Friedenszeiten hauptsächlich von Frauen ausgeführt worden sind, von Kindern und Jugendlichen verrichtet. Hervorragend war die Arbeit von Frauen konzentriert auf die Munitionsherstellung. Die Textil- und Bekleidungsindustrie hatte, als die vorhandenen Vorräte aufgebraucht waren, einen großen Teil unbeschäftigter weiblicher Arbeitskraft abgegeben an andere Industrien, was eine starke Verschiebung der Arbeiterinnen aus den Textilgegenden zur Folge hatte. Dieses Moment ist zu beachten, weil es diejenigen Frauen sind, die von den Verordnungen, über die ich noch sprechen werde, am schwersten betroffen werden. Ich möchte hier einschalten: Auf die Arbeiterinnenschutzfrage kann ich hier mit keinem Worte eingehen wegen der Kürze der Zeit. Auch über die entsetzlichen Unglücksfälle in den Munitionsbetrieben, über die Explosionen in den Sprengstoffabriken, über die Rücksichtslosigkeit in der Ausbeutung weiblicher Arbeitskraft, ohne nach der Wirkung auf die kommende Generation zu fragen, kann ich nichts sagen, weil es im Rahmen meines Referates zu weit führen würde

Aber auch in anderen Industrien war die Zunahme der Arbeiterinnen recht groß, so in der Industrie der Steine und Erden, und wenn es irgend dringend nötig ist, daß die Arbeiterschutzgesetze beachtet werden, dann für die Arbeit unter Tage. Dafür ist die Frau absolut ungeeignet, ebenso wie für die Arbeiten in Ziegeleien und in Ringöfen. Es gibt aber besonders eine Industrie, in der die Frauenarbeit verhältnismäßig ungeheuer zugenommen hat, das ist das Baugewerbe. 1913 waren in diesem 335 Frauen, 1918 3838 Frauen beschäftigt. Auch hier können wir nur wünschen, daß die Frauen so rasch als möglich wieder daraus verschwinden.

Ungeheuer war die von den Frauen geleistete Ueberarbeit: sie belief sich bei 92 545 Arbeiterinnen auf rund 14 Millionen Ueberstunden.

Nachtarbeit wurde bewilligt für 400 000 Arbeiterinnen an 39 631 451 Tagen, das ist so viel, als wenn jede Arbeiterin in jedem Jahre 99 Nachtschichten gearbeitet hätte. Und das, obwohl sie ihre reguläre Schichtarbeit zu leisten hatte: Arbeitszeiten bis 24 Stunden ohne Unterbrechung waren keine Seltenheit und daraus ist auch die enorme Sterblichkeit der Frauen zu erklären. Wenn sie die leichteste Krankheit befiel, hatte sie nicht die geringste Widerstandskraft, und die Grippeepidemie war ein deutlicher Beweis dafür, daß diese überarbeiteten, unterernährten Frauen vollkommen widerstandsunfähig waren und noch sind.

Das Notgesetz vom 4. August hatte jeden Arbeiterinnenschutz aufgehoben. Infolgedessen waren die Arbeiterinnen vogelfrei und die Unternehmer nutzten dies aus. Es kam das berühmte Hindenburgprogramm dazu, das den Unternehmern als patriotische Pflicht auferlegte, die Arbeitskraft aufs höchste auszunutzen. Sie haben es auch getan zum höheren Ruhme des Vaterlandes, d. h., um ihres eigenen Profites willen.

Ueber die Mitarbeit und Einarbeit der Frau in den Arbeitsstellen der Männer haben die Unternehmer geurteilt, daß die Aufrechterhaltung der Kriegswirtschaft in hohem Maße der Mitarbeit der Frauen und Mädchen zu verdanken sei. Sie haben erklärt, daß man den Arbeiterinnen Willigkeit, Anständigkeit und Fleiß zubilligen könne, jedoch Unpünktlichkeit, Unstetigkeit und wenig ernste Auffassung des sittlichen Wertes der Arbeit feststellen müsse. Nun frage ich Sie, werte Genossinnen, wo die sittliche Wertung der Arbeit herkommen soll, wenn man ausschließlich damit beschäftigt wird, Mordwerkzeuge herzustellen. Im kapitalistischen System hat die Arbeit keinen ethischen Inhalt, sie ist die Verkörperung eines unsittlichen Zwanges, verbunden mit Ausbeutung. Wenn die Frauen Granaten und Geschoßwerkzeuge füllten und dabei das Bewußtsein hatten, daß damit anderer Frauen Männer, anderer Kinder Väter, die alle ihre eigenen Klassengenossen, getötet werden, so konnte nur Haß erzeugt werden gegen eine Gesellschaftsordnung, die sie zwang, solche kulturvernichtende Arbeit zu verrichten. Und wenn sie diese Arbeit haßten, so ist es etwas, was ihnen nur zur Ehre gereicht und keine Schlüsse zuläßt auf die sittliche Wertung der Arbeit durch die Arbeiterin. Aber etwas anderes wurde von dem deutschnationalen Helden Helfferich zum Ausdruck gebracht: Er sagte, es sei höchste Zeit, daß die Frau aus der Berufsarbeit wieder verschwinde, denn diese Berufsarbeit, die sie jetzt ausübe wie die Männer, übe zugleich eine verhängnisvolle Wirkung aus auf die Sinnesrichtung der Frau. Sie fängt nämlich an so zu denken, wie die organisierte Arbeiterschaft und das hielt er für gefährlich! Die Frau blieb nicht mehr in ihren vier Wänden, ohne Fühlung mit ihren Klassengenossen, sie, die der Kapitalismus hineingedrängt hatte in den Produktionsprozeß, wurde dadurch weit zugänglicher für den Gedanken der Organisation. Und wenn sie auch bei weitem nicht der Organisation in dem Grade zuströmte, wie es nach ihrer Zahl in ihrem eigenen Interesse zu erwarten gewesen wäre, so beweist doch die ungeheure Zunahme der Gewerkschaften, die stark auf der Zunahme der Frauenarbeit beruht, daß auch die Frauen die Notwendigkeit der Solidarität der Arbeiter untereinander erkannten.

Die Zahlen, die ich nannte, betrafen nicht das Handels- und Verkehrsgewerbe. Dafür haben wir, so weit mir bekannt, bis jetzt keine statistischen Unterlagen. Das Heer von weiblichen Angestellten, die in die Kriegsämter hineingeströmt sind und in das Verkehrsgewerbe, die große Zahl von Eisen- und Straßenbahnangestellten, die Zunahme der Krankenschwestern und der in der sozialen Fürsorge Tätigen, darüber habe ich keine genauen Zahlen, sondern da müssen wir uns auf das, was wir während des Krieges sahen, allein stützen.

Alles verband sich nach Kriegsschluß, um die Frauen herauszudrängen aus den Betrieben. Die Frauen waren zum Teil bereit, zu billigeren Löhnen zu arbeiten, nur um im Betriebe zu bleiben und die Männer vergaßen, daß die, die heute durch die Macht der Verhältnisse Hausfrauen wurden, morgen wieder Arbeitskollegen sein konnten, und daß es dem Organisationsgedanken entspricht, die Frauen als Arbeitskolleginnen zu erhalten und sie zu klassenbewußten Arbeiterinnen zu erziehen. Die Gesetzgebung, die trotz politischer Gleichberechtigung und trotz der Mitwirkung weiblicher Abgeordneten durchaus m ä n n l i c h gerichtet ist, kam dem Manne zu Hilfe auf Kosten der Arbeiterinnen. Es kamen rücksichtslose Verordnungen des Demobilmachungsamtes und diesen Verordnungen wurde sehr häufig von den Arbeiter- und Angestelltenausschüssen eine noch härtere Auslegung gegeben und nachgeforscht, ob da nicht ein erwerbs-

tätiger Vater, Bruder oder Ehemann wäre, so daß die Frau oder das junge Mädchen aus dem Betrieb gewiesen werden konnte. Sie wissen, wie ungeheuer teuer die Lebenshaltung ist und daß die Arbeiter auch in der sogenannten freiesten sozialistischen Republik der Welt keine gesicherte Existenz haben und die „Hetzer" aus den Betrieben fliegen, wenn es dem Unternehmer gefällt. Nicht einmal darauf konnte sich die Arbeiterin stützen, daß sie dort, wo sie ihren Beruf zur Zufriedenheit erfüllt, sie das Recht gehabt hätte, in diesem Beruf zu bleiben. Die Verordnung vom 28. März 1919 sagt ausdrücklich, daß es sich um „gewaltsame Aussiedlung" der erst unter der Kriegskonjunktur in Handel und Industrie heimisch gewordenen Arbeitskräfte handelte und für diese zwangsweise Aussiedelung kämen in Betracht drei Gruppen von Arbeitnehmern: erstens die Nicht-Erwerbsbedürftigen, zweitens die Berufsfremden und drittens die Ortsfremden. Alle drei sind Kriegserscheinungen. Unter den Nicht-Erwerbsbedürftigen befanden sich hauptsächlich solche Frauen, deren ursprünglich ehrenamtliche, also unbezahlte Tätigkeit, sich zu einer besoldeten entwickelt hatte. Für die Männer waren diese Aemter oft genug sogenannte Druckposten. Viele Wohlhabende stürzten sich während des Krieges auf die soziale Arbeit, machten sich dort unentbehrlich, um reklamiert zu werden und ihr teures Leben dem Vaterlande zu erhalten. Wenn die Aussiedelung Männer und Frauen gleichmäßig betroffen hätte, hätte man in Rücksicht auf die außergewöhnlichen Verhältnisse es billigen können, daß sie ohne weiteres ausscheiden mußten aus Posten, die die Heimkehrenden schon vor dem Kriege innegehabt hatten. Aber gegen die Männer ist man mit Milde vorgegangen, gegen die Frauen mit Härte. Selbst dort, wo sie nachwiesen, daß sie eine Arbeit verrichteten, die vor dem Kriege gar nicht bestanden hatte, sondern erst durch den Krieg hervorgerufen war, mußten sie ihre Arbeitsstelle verlassen, um Männern Platz zu machen, mit dem Ergebnis, daß, wo vorher eine Frau gestanden hatte, die den Beruf ergriffen hatte teils aus Not, teils um ihre Kräfte zu verwerten, um nicht müßig dazusitzen — wie wir ja grundsätzlich fordern, daß jeder, der dazu fähig ist, arbeiten soll, — Männer traten, die nicht eingearbeitet waren, und zwei und drei Männer nicht das leisteten, was vorher diese eine Frau geleistet hatte. Was die Berufsfremden betrifft, so fallen darunter die vom Lande Zugewanderten, Gesinde- und Landarbeiter, ferner ehemalige Hausangestellte, Arbeiterinnen aus der Textilindustrie und dem Bekleidungsgewerbe, drittens die Zugezogenen, die von einem Ort zum andern je nach Bedarf verschoben wurden. Auch das betrifft in der Hauptsache die Frauen, die aus solchen Gewerben kamen, in denen infolge Mangels an Rohstoffen die Betriebe eingestellt wurden; durch ihre Zurückbeförderung in die Heimat wurde nichts gewonnen, als daß sie ihrem Heimatsbezirk zur Last fielen. Immerhin ist in den Großstädten die Möglichkeit eher gegeben, Arbeit zu finden als in solchen Heimatsbezirken, die ausschließlich auf Textilarbeit eingestellt sind. Was sich vor dem Kriege in heimlicher Heimarbeit abgespielt hatte, weil Geldverdienen nicht immer als standesgemäß galt, war während des Krieges zum offenen Eingeständnis der Armut geworden. Mit seinem Beamtengehalt die Familie zu ernähren, war selbst dem patriotischsten Beamten nicht mehr möglich und die Beamtenfrauen mußten offen mitverdienen.

Eine Ausnahme wurde in bezug auf die Aussiedelung gemacht nur für Landarbeiter, Gesinde und Bergarbeiter. Die durften in ihren Stellungen bleiben, auch wenn sie erst während des Krieges zugewandert waren, weil in

diesen Berufen ein außerordentlicher Mangel an Arbeitern und Arbeiterinnen bestand.

Wie sehr dieses Gesetz der zwangsweisen Aussiedelung ein Klassengesetz ist, beweist die Verfügung des Demobilmachungsausschusses von Groß-Berlin, die ausdrücklich betont, daß bei einem Einkommen von 10 000 Mark und darüber eine Kündigung der Männer oder Frauen nicht stattzufinden braucht, und ferner nicht, wenn die Beschäftigten als Haushaltangehörige vom Unternehmer beschäftigt werden. Damit waren sämtliche Bankier- und hohen Beamtensöhne davor sicher, aus ihrer Arbeitsstätte ausgewiesen zu werden, sie konnten auf ihren gutbezahlten Posten bleiben. Es waren, wie gesagt, die Frauen, die von dieser Aussiedelung am härtesten und fast ausschließlich betroffen wurden und werden.

Die Beschäftigung der Männer hat sich seit Oktober 1918 erheblich auf Kosten der Frau ausgedehnt. Das ist klar ersichtlich aus den Nachweisen der Krankenkassen, die feststellen, daß die Zahl der Männer, wenn man sie im Oktober 1918 gleich Hundert setzt, gestiegen ist auf 153, während die Zahl der beschäftigten Frauen gefallen ist auf 86. Die Zunahme der beschäftigten Männer ist ausschließlich zurückzuführen auf die Verdrängung der Frau aus der Erwerbsarbeit. In allen Berufen ist das Angebot von Kräften größer als die Nachfrage, nur nicht in der Landarbeit und bei den Hausangestellten. Nach dem Oktober-Bericht kamen im Jahre 1919 auf hundert offene Stellen für Männer 81 Arbeitsgesuche und für Frauen 37 Arbeitsgesuche. Daran können Sie ermessen, wie ungeheuer es an Landarbeitern fehlt.

Jeder möchte lieber arbeiten, als Erwerbslosenunterstützung beziehen, deren Niedrigkeit wahrlich keine Verlockung zur „Faulheit" darstellt. Denn Frauen über 21 Jahre erhalten in der Ortsklasse der Gruppe A (also der besten), die Unterstützung von 3,50 Mark täglich. Wer heute allein Kleidung, Wohnung, Feuerung, Beleuchtung und Ernährung bezahlen soll, der kann nicht damit auskommen. Die Männer über 21 Jahre erhalten 6 Mark. Es ist eben das Prinzip, die Frau von vornherein schlechter zu bezahlen, obwohl sie dasselbe Ernährungsbedürfnis hat, obwohl ihre Kleider vielmehr verbraucht sind als die des Mannes, der während des Krieges Soldatenkleidung trug und seine Zivilkleidung schonen konnte. Wir Unabhängigen in der Berliner Stadtverordnetenversammlung haben beim Magistrat den Antrag gestellt, die Erwerbslosenunterstützung der Frauen der der Männer gleichzusetzen. Die uns erteilte Antwort ging dahin, daß das Reichsarbeitsministerium dem Berliner Magistrat erklärte, eine vollständige Gleichstellung der selbständig lebenden weiblichen Erwerbslosen mit den männlichen komme nicht in Frage. Falls aber Berlin diese völlige Gleichstellung durchführe, sei mit der Entziehung der Reichs- und Staatsbeihilfe zu rechnen.

Hier erwächst also den Frauen ein dankbares Gebiet der Mitarbeit, um überall gleiche Unterstützungssätze für Mann und Weib durchzusetzen.

Der Zweck der Verordnung ist, die Frau zurückzudrängen in die Niederungen der Industrie und Landarbeit. Es stehen keine Ruthenen, Slowaken und Polen mehr zur Verfügung, die in ihrer Sprache keine Versammlungen abhalten durften, sich infolgedessen schwer organisieren, dagegen ungeheuer ausbeuten ließen. Jetzt sollen an ihre Stellen die Frauen treten. Wir wissen, wie schwierig die Agitation unter den Landarbeiterinnen ist und daß jede einigermaßen intelligente Arbeiterin abwandert, sobald sie kann. Das Zurückdrängen der Frau in den Beruf als Nur-Hausfrau ist durchaus reaktionär.

Nur diejenige Frau ist dem Sozialismus zu gewinnen, die durch Berufsarbeit zum vollwertigen Mitglied der Gesellschaft wird, aber daran wird sie gehindert durch die Zurückverweisung in den Einzelhaushalt, dessen mittelalterliche Art seines Bestehens dadurch auf unbestimmte Zeit verlängert wird. Was wir zu fordern haben ist: freie Bahn dem Tüchtigen, ob Mann oder Frau. Den Frauen steht dasselbe Recht auf Arbeit zu wie dem Manne.

Und dieses Recht ist jetzt notwendiger denn je! Zwei Millionen Männer sind gefallen. Der Frauenüberschuß beträgt 2,7 Millionen. Vor dem Kriege kamen auf 1000 Männer 1005 Frauen im Alter von 20 bis 50 Jahren, jetzt 1155. Warum sollen die sich ernähren lassen, wenn sie gesund und kräftig genug sind, dies selbst zu tun? Die Frauenarbeit muß zunehmen in dem Maße, als das Elend zugenommen hat, als die Männer heimkamen als Krüppel und Invaliden. Was können wir tun, um zu verhindern, daß die Frauen zu Schmutzkonkurrenten werden, daß sie nicht willige Werkzeuge werden für die Kirche und das Unternehmertum? Je tiefer die Not, desto zugänglicher sind die Frauen für die Kirche. Es ist nicht wahr, daß die Not die Frauen revolutioniert. Viele Frauen sind imstande, aus Verzweiflung und Empörung einen Putsch zu machen, Fenster einzuschlagen. Aber zu einem planmäßigen Widerstand durch gewerkschaftliche und politische Organisation bekommen wir, da deren Erfolg nicht sofort in Erscheinung tritt, die Frauen nur schwer. Sie werden während des Krieges erfahren haben, daß die Frauen die Verzweiflung mutiger machte als viele Männer. Oftmals waren es Frauen, die zuerst aus den Betrieben gingen, weil ihnen der Schützengraben nicht drohte. Das war Empörung gegen den Krieg, gegen den Mord, aber nicht zielbewußtes Hinarbeiten auf die Umgestaltung unserer Wirtschaftsordnung. Deshalb müssen wir planmäßig arbeiten. Wenn sich die Reaktionäre früher darauf beriefen, daß die Frau ins Haus gehöre, so dürfen wir nicht dieselben Gründe anwenden, weil es scheinbar eine Rettung ist. Es ist keine Rettung und kann keine Rettung sein. Es heißt alle Kräfte für die Gesellschaft nutzbar machen! Der Kapitalismus hat die Verhältnisse auf den Kopf gestellt. Dort, wo die Frau am nötigsten wäre, bei einer großen Kinderzahl, da ist sie am meisten gezwungen, mitzuverdienen. Nur diejenige Frau kann sich beschränken auf Haus und Familie, deren Mann gut verdient und eins oder höchstens zwei Kinder da sind. Die Widersprüche des Kapitalismus zeigen sich hier. Eine große Zahl von Proletarierinnen müßte in der Wohlfahrtspflege arbeiten. Aber das bleibt vorerst ein Vorrecht der Wohlhabenden. Die proletarischen Frauen können in ihrer Mehrzahl keine Ehrenämter annehmen, so sehr sie auch dazu berufen wären, weil sie nicht die Zeit dazu haben.

Unsere Forderungen in bezug auf die Frauenerwerbsarbeit sind zwar nicht neu, müssen aber immer wieder aufgestellt werden. Erstens die Forderung: Gleicher Lohn für gleiche Leistung. Das kann nicht oft genug den Männern gesagt werden, unseren eigenen Arbeitskollegen muß es gesagt werden, leider noch recht oft. Den Beamten und Angestellten wurde durch die Verfassung garantiert, daß das Geschlecht nicht mehr ausschlaggebend sein darf für die Anstellung in dem Berufe. Aber überall, wo Mann und Frau zur Wahl stehen, entscheidet nicht die Tüchtigkeit, sondern der Mann bekommt ohne weiteres den Vorzug.

Unsere zweite Forderung ist: Für gleichen Beruf gleiche Berufsvorbildung. Es trifft zu, daß die Frau oft erst spät eintritt in das Berufsleben, nachdem sie verheiratet ist. Da hat sie nicht mehr Zeit, eine Ausbildung durchzumachen, gleich will sie verdienen. Bei der Vetternwirtschaft

im kapitalistischen Staate kamen Frauen in Berufe und Aemter, für die sie nicht genügend vorbereitet waren. Ihre minderwertigen Leistungen drohten die gesamte Frauenarbeit in Mißkredit zu bringen. Wir haben daher alle Ursache, darauf zu achten, daß die berufsmäßige Vorbildung für Mann und Weib die gleiche sei.

Die dritte Forderung ist naturgemäße Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau. Es gibt eine ganze Anzahl von Berufen, für die der weibliche Organismus nicht geschaffen ist, indes er sich für andere ganz besonders eignet. Ich erinnere daran, daß 1910 auf dem Internationalen Sozialistischen Kopenhagener Kongreß von den Skandinaviern Protest erhoben wurde, als wir uns gegen die Nachtarbeit der Frauen in den Setzereien wandten. Das ist ein überwundener Standpunkt, der vom Unternehmertum vertreten wurde, weil Frauenarbeit billiger. Ich weise hin auf das, was sich gerade in diesen Tagen in Washington abspielt. Da hat auch die Einschränkung der Frauenarbeit eine Rolle gespielt und es scheint durchgedrungen zu sein, daß man wenigstens für die schwangeren Frauen das Verbot bestimmter Industriarbeit und Landarbeit ausspricht, während 1917 die Berner Konferenz beschlossen hat, die Frauenarbeit aus bestimmten Betrieben und für Nachtarbeit überhaupt auszuschalten.

Die sozialistische Forderung ist nicht Gleichartigkeit der Arbeit, sondern Gleichwertigkeit der Arbeit. Ueber die Vorbildung kann ich nicht ausführlich sprechen. Nur ein Beispiel! Gerade während des Krieges sind die sogenannten Pressen für Bureauangestellte wie Pilze aus der Erde geschossen und der kaufmännische Beruf sehr herabgedrückt worden durch die unzureichende Vorbildung vieler Frauen und Mädchen. Diese Frauen werden schwer jetzt Beschäftigung finden können, weil das Angebot der weit besser vorgebildeten Männer sehr groß ist. Ein Beruf, der von Mädchen und Frauen nicht gerne gewählt wird und in dem der Mangel am allergrößten ist, das ist der Beruf der Hausangestellten. Hier ergibt sich wieder ein Widerspruch der kapitalistischen Gesellschaft in sich. Nur 10 Prozent der Hausfrauen können sich Hausangestellte leisten. Je mehr Frauen aber gezwungen sind, in die Erwerbsarbeit hineinzugehen, desto mehr müssen sie Kräfte einstellen, die ihre Hausarbeit versehen. Die Vereinigung von Hausarbeit, Mutterschaft und Erwerbstätigkeit außer dem Hause ist die häufige Ursache für die minderwertige Leistung der Frau im Beruf. Dieses Problem kann endgültig im kapitalistischen Staat nicht gelöst werden, sondern nur im sozialistischen Staat. Hierher gehört auch der Königsberger Antrag. Bisher bestand der Zwang der Fortbildungsschulen nur für die gewerblichen und kaufmännischen Arbeiterinnen, alle übrigen brauchten nicht auf die Fortbildungsschule zu gehen und Königsberg besonders deshalb, daß auch die Fortbildungsschule auf dem Lande obligatorisch wird. Es ist sehr zu erwägen, genau wie man gewerbliche Fachschulen einrichtet, ob nicht auch in großer Zahl Fachschulen einzurichten sind für Haus- und Landwirtschaft. Die Hauswirtschaft befindet sich noch im mittelalterlichen Zustand, aber selbst bei ihrer Zentralisierung würden wir eine große Zahl von geschulten Kräften gebrauchen. Die Schulung ist unbedingt notwendig. Auch wegen der mangelnden Vorbildung ist der Beruf der Hausangestellten und des Gesindes nicht viel anderes als verhüllte Sklaverei. Die Gutsbesitzer sind noch immer Herren über das Gesinde. Arbeitszeit, Lohn, Wohnung ist ungeregelt und im Belieben der Grundbesitzer gestellt. Landarbeiterinnen, die aus der Stadt kamen, wurden in elende Lagerstätten hineingelegt, aus denen man vorher nicht einmal das verschmutzte Stroh,

auf dem die Russen lagen, hinweggeräumt hatte. Bei der Aussiedelung der Frau aus der Industriearbeit und ihrer Abdrängung in die Landarbeit, in die sie aus Not wird hineingehen müssen, ist es doch sehr wichtig, auch hier uns voll einzusetzen, um bessere Zustände zu schaffen. Arbeitsämter allerorts wurden vom Demobilmachungsamt aufgefordert, die Werbearbeit für die Landarbeit vorzunehmen. Auch wurde angeregt, ähnlich der während des Krieges neu eingestellten Fabrikpflegerinnen Landpflegerinnen anzustellen, die sich der zugewanderten Landarbeiterinnen annehmen sollten. Es ist wahrscheinlich, daß diese Landpflegerinnen Schichten entstammen werden, die wohlmeinend sind, aber mindestens die Interessen der Großgrundbesitzer und der Großbauern ebenso sehr wahren wollen, als die r Interessen der Arbeiterinnen, was unvereinbar ist. Es ist uns gelungen, einige wenige Genossinnen in die Fabrikpflege hineinzubringen. Ebenso müssen auch Genossinnen als Kreisfürsorgerinnen angestellt werden, denn diese werden in Wirklichkeit das Interesse der Landarbeiterinnen und des Gesindes wahren und nicht das Interesse des Großgrundbesitzers. Es gehören dazu Frauen, die aus dem Landarbeiterberuf kommen, die sich nicht von Gutsbesitzern etwas erzählen lassen müssen, weil sie selber nichts wissen. Die Lehrverträge in der Haus- und Landwirtschaft müssen genau so ausgearbeitet und eingehalten werden, wie in einem Industrieberuf oder Handwerk. Heute ist von solchen Verträgen keine Rede. Die Kinder werden über alle Maßen ausgebeutet. Man denkt nicht daran, den Achtstundentag einzuhalten. Man denkt nicht daran, menschliche Arbeitsstätten für die Landarbeiter zu schaffen. Die Großgrundbesitzer haben die Naivität, an die Städte die Aufforderung zu richten, wenn ihr Landarbeiter schickt, baut ihnen doch Baracken, wir bekommen keine Baustoffe, wir können keine Unterkunft schaffen, wie sie die Stadtarbeiter verlangen. Wenn die Städte das tun, ist es eine Unterstützung für die Großgrundbesitzer, denen sie die Sorge abnehmen, ihre Landarbeiter menschenwürdig unterzubringen. Wir müssen rücksichtslos darauf dringen, daß die Landarbeiter als Menschen behandelt werden und nicht als Vieh Das kann nur dann geändert werden, wenn die Fürsorgerinnen auch wirklich Fürsorgerinnen sind, die sich nicht den Besitzern beugen. Wenn eine Broschüre über die Agrarfrage geschrieben wird, dann müssen auch Forderungen der Landarbeiterinnen darin genau festgelegt werden. Was die Hausangestellten in den Städten betrifft, so liegt die Lösung des Problems nur darin, daß die Hausfrauen sich gewaltig ändern, den Achtstundentag einhalten und das Logiswesen abgeschafft wird, denn die Mädchenzimmer von Handtuchbreite oder unter dem Dach kann man nicht Wohnungen nennen.

Im Zusammenhang mit den Hausangestellten möchte ich auf die Krankenschwestern hinweisen. Auch hier muß der Achtstundentag in den Lazaretten, Sanatorien und Kliniken eingeführt, das Heimunwesen abgeschafft werden. Dieser Beruf würde noch sehr viel Platz für Frauen bieten, wenn nicht auch die Krankenschwestern in ungeheurem Maße ausgebeutet würden. Daß die Arbeitszeit vierundzwanzig Stunden dauert, ist keine Seltenheit. Die Konfiskation des Verdienstes der Schwestern durch die Mutterhäuser und die Abgaben an die Heimoberin mit Abfindung eines Taschengeldes an die Schwestern ist mittelalterlich. Hier müssen die Betriebsräte ganz energisch zufassen.

Was können wir außerdem noch tun, um die Frauenerwerbsarbeit in gesunde Bahnen zu lenken? Wir müssen der Frage der Berufsberatung

unsere ganze Aufmerksamkeit zuwenden. Wir haben zwei Arten der Berufsberatungen: Einmal die Berufsberatung für Erwachsene, die neu in einen Beruf eintreten oder aus Gesundheitsrücksichten den Beruf ändern müssen. Zweitens die Berufsberatung für Jugendliche, die einen Beruf wählen wollen. Das ist nur dort etwas erleichtert, wo eine bestimmte Begabung vorhanden ist. Aber selbst da, wo infolgedessen die Berufsberatung am leichtesten erscheint, stellen sich Schwierigkeiten ein. Was nützt es einem Proletarierkind, wenn es musikalisch begabt ist, und die Eltern haben die Mittel nicht, es ausbilden zu lassen? Da heißt es in der heutigen Gesellschaft verzichten. —

Es bestehen schon viele Berufsberatungsämter und wo sie noch nicht bestehen, müssen sie für die Bezirke errichtet werden. Manche Berufsämter erblicken ihre Aufgabe darin, die Mädchen und Frauen in die sogenannten weiblichen Berufe zu stecken, das heißt, sie machen den Versuch, den Arbeitsmarkt zu regulieren. Wo kein Mann hineingeht, soll die Frau hingehen. Selbstverständlich gehört zum Amt der Berufsberaterin volkswirtschaftliche Kenntnis. Der Berufsberater muß wissen, welche Berufe gute Aussicht bieten für ein späteres Fortkommen. Er kann auch, wenn keine bestimmte Begabung bei Jugendlichen vorliegt, eine gewisse Beeinflussung ausüben, aber es darf nicht dahin kommen, daß der Berufsberater zur Uebernahme eines Berufes überredet und Jugendlichen durch Zureden einen Beruf schmackhaft zu machen sucht, denen sie keine Neigung haben. Wo die Neigung fehlt, wird sich in den seltensten Fällen Leistungsfähigkeit ergeben. —

Wir haben alle Ursache, gerade bei der Berufsberatung auf äußerste Gewissenhaftigkeit zu drängen. Viele der tüchtigsten und leistungsfähigsten Männer sind gefallen, die im besten Alter stehenden kehren zurück als Krüppel, Kranke und Invalide Die Proletarierinnen sind alle überarbeitet und unterernährt und infolgedessen nicht voll leistungsfähig. Die heranwachsende Generation aber, die jetzt in die Arbeit eintreten soll, ist in einem Grade schwach, unterernährt und demoralisiert, daß wir einer überaus schweren Zukunft entgegengehen, wenn es uns nicht gelingt, unser Wirtschaftsleben sozialistisch aufzubauen und die Arbeit aus einer Quelle der Qual in eine Quelle der Freude zu verwandeln. Jeder Mensch ist an den geeigneten Platz zu stellen, um bei geringster Leistung möglichst hohe Produktionsergiebigkeit herauszuholen. Das kann mit geschehen durch eine gut aufgebaute Berufsberatung. Dazu gehört die Mitarbeit von Aerzten und Psychologen und von Sachverständigen aus den betreffenden Berufen. Ueberall, wo solche Berufsberatungsämter errichtet werden, sollen in erster Linie Frauen dazu herangezogen werden, denn Frauen bringen für derartige Tätigkeit viel mehr Liebe und Geduld auf als Männer, die nicht so leicht das Vertrauen des Rat suchenden Kindes erwerben.

Wir lehnen es grundsätzlich ab, die Arbeit nach Geschlecht zu vergeben, nur aus den gesundheitsschädlichen Berufen müssen die Frauen ferngehalten werden, sonst kann nur die Tüchtigkeit entscheidend sein.

Diese Fragen bedürfen aber einer internationalen Regelung, nicht wie die der Arbeitskonferenz in Washington, die auf derselben Höhe steht wie der Völkerbund, sondern durch eine Arbeiterkonferenz, die sich nur zusammensetzt aus Vertretern der Arbeiter und nicht der Unternehmer. Nichts ist dringender zu wünschen, als der baldige Zusammentritt der internationalen Frauenkonferenz, wie sie die Genossin Zetkin angeregt hat, damit wir uns international über diese Fragen aussprechen. Allein die Frage der Erwerbsarbeit würde die Einberufung der internationalen Frauenkonferenz rechtfertigen.

Genossin Arendsee sagte gestern, wir müssen neue Wege suchen. Ich kenne keine neuen Wege. Die Arbeiterräte sind was Selbstverständliches und ich kann nicht hierüber sagen, was Genossin Sender gestern nicht schon gesagt hätte. Aber das Zaubermittel zur Hebung der Frauenerwerbsarbeit liegt in der Solidarität der Arbeiterklasse, ist die politische und gewerkschaftliche Organisation. Es handelt sich dabei um die Organisation der Arbeiterinnen in ihrem Beruf. Gemeinsam mit den männlichen Kollegen. Und darauf kommt es an, mag die Organisation einen Namen führen, welchen sie will, sie muß eine Kampforganisation sein und weder eine Unterstützungsvereinigung noch eine die Klassengegensätze verwischende. Die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen sind aufs engste miteinander verknüpft. Die eine ohne die andere ist wirkungslos, zwecklos, wie unsere unvergeßliche Genossin Luxemburg dies in die Worte zusammenfaßte, mit denen ich schließen möchte: „Es gibt nicht zwei verschiedene Klassenkämpfe der Arbeiterklasse, einen ökonomischen und einen politischen, sondern es gibt nur einen Klassenkampf, der gleichzeitig auf die Einschränkung der kapitalistischen Ausbeutung innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft und auf die Abschaffung der Ausbeutung mitsamt der bürgerlichen Gesellschaft gerichtet ist."

Eigentum der
Arbeiter-Zentralbibliothek
BREMEN

BUCHHANDLUNG
der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H.
BERLIN C2 Breite Straße 8-9

Das kommunistische Manifest
mit Vorreden von *Karl Marx* und *Friedrich Engels* und einem Vorwort von *Karl Kautsky* M. 1,50

Die Frau und der Sozialismus.
Von *August Bebel* . . . . . Geb. „ 10,00

Die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie.
Komplett in zwei Doppelbänden. Von *Franz Mehring* . . . . . Geb. „ 40,00

Die deutsche Revolution.
Illustriert. Von *W. Blos* . . . . . Geb. „ 15,00

Die französische Revolution.
Illustriert. Von *W. Blos* . . . . . Geb. „ 15,00

Geschichte der Kommune von 1871.
Illustriert. Von *Lissagaray* . . . . . Geb. „ 12,00

Revolution und Konterrevolution in Deutschland.
Von *Karl Marx.* Deutsch von *Karl Kautsky* Geb. „ 7,00

Was trennt uns Unabhängige von den Rechtssozialisten?
Von *Karl Machionini* . . . . . „ 0,30

BUCHHANDLUNG

der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H.

BERLIN C2 Breite Straße 8-9

Die Gewerkschaftsfrage.

Referat von *Robert Dißmann*, gehalten auf dem März-Parteitag der U. S. P. 1919 . . . M. 0,50

Das Kapital.

Von *Karl Marx*. 3 Bände komplett „ 84,00

Volksausgabe 1. Band „ 28,80

Das Finanzkapital.

Von *Rudolf Hilferding*. **Vergriffen.**

„Der Sozialist“

Unabhängige Sozialistische Wochenschrift

Vierteljährlich „ 6,00

Einzelnummer „ 0,75

„Die Sozialistische Gemeinde“

Kommunalpolitische Zeitschrift der U. S. P.

Vierteljährlich „ 3,00

Pro Heft „ 0,50

„Die Kämpferin“

Zeitschrift für Frauen und Mädchen des werktätigen Volkes . Einzelnummer „ 0,30

„Proletarier-Jugend“

Sozialistische Jugend-Zeitschrift

Einzelnummer „ 0,35

„Die freie Welt“

Illustrierte Wochenschrift der Unabhängigen Sozialistischen Partei Deutschlands

Vierteljährlich „ 3,90

Einzelnummer „ 0,30

Druck der Lindendruckerei und Verlags-Ges. m. b. H., Berlin NW 6.

Programm und Taktik der U. S. P.

in ihrer geschichtlichen Entwicklung

Rede von ARTHUR CRISPIEN

gehalten auf dem Leipziger Parteitag 1919

In den 20 Jahren, die seit Schaffung des Erfurter Programms verflossen sind, hat der Kapitalismus sich rapid weiter entwickelt. Seine hervorstechendsten Erscheinungen sind der Imperialismus und die Oberherrschaft des Finanzkapitals. Auch die dem Kriege gefolgte Revolution hat eine Reihe von Erscheinungen gezeitigt, die im Programm einer sozialrevolutionären Partei nicht unbeachtet bleiben dürfen. Genosse Crispien geht in seiner groß angelegten Rede auf alle diese Dinge ein und gibt eine Fülle von Anregungen und Leitgedanken für ein Programm unserer Partei und, was die Ausführungen noch besonders beachtenswert macht, zugleich auch einen Überblick über die Geschichte der Programme der sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland. Die Programme selbst sind im Wortlaut wiedergegeben. Außerdem enthält die Rede eine ausführliche Begründung des Aktionsprogramms.

Frauenbibliothek der Unabhängigen Sozialdemokratie

Die Frauen und das Rätesystem

von T[illegible]ENDER

Rede auf der Leipziger Frauenkonferenz der U. S. P.

Ueber Wesen und Aufbau des Rätesystems herrscht noch manche Unklarheit. Die vorstehend genannte Broschüre wird wesentlich dazu beitragen, diese Unklarheit zu beseitigen, um so mehr, als sie in außerordentlich lichtvoller Weise zugleich auch die Stellung der Frau innerhalb des Rätesystems behandelt.

DAS WICHTIGSTE DOKUMENT DER REVOLUTION IST

DER

PROZESS LEDEBOUR

VOLLSTÄNDIGE AUSGABE
NACH DEM STENOGRAPHISCHEN BERICHT.

IN DAUERHAFTEM HALBLEINENBAND Mk. 25.–

Dieses Buch kann als das wichtigste Dokument der Revolution bezeichnet werden. Ledebour führte seinen Kampf nicht für seine eigene Person, sondern für die Arbeiterklasse Deutschlands, in deren Interesse die Beseitigung der Regierung lag, welche die Revolution verraten hat. Der Angeklagte, den man ins Zuchthaus bringen wollte, wurde zum Ankläger. Er hat in diesem Prozeß das verräterische Spiel der Regierung Ebert-Scheidemann für alle Zeiten bloßgestellt, und noch nie ist die traurige Rolle, die die Rechtssozialisten vor und während der Revolution spielten, so dargestellt worden, wie es Ledebour vor den Berliner Geschworenen tat. Das Buch enthält eine Fülle von bisher unbekannten geschichtlichen Einzelheiten, die jeder kennen muß, der ein klares Bild von dem Wesen der deutschen Revolution gewinnen will. **Das Buch darf in keiner Bibliothek fehlen.**

Verlagsgenossenschaft
FREIHEIT e. G. m. b. H.
Abteilung: Buchhandlung
BERLIN C 2
Breite Straße 8/9.

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY

HD
6149
W87

Wurm, Mathilde
Die Frauenerwerbsarbeit